

Krisenpolitik und Autoritarismus des ‚Guten und Wahren‘

Stand und Perspektiven der Forschung

Günter Roth

München, Juli 2023

Zusammenfassung / Abstract

Im Ausnahmezustand der ‚Corona-Krise‘ konzentrierte sich die politische Macht bei der Exekutive und demokratische Freiheits- und Teilhaberechte sowie rechtsstaatliche Kontrollen wurden massiv eingeschränkt oder außer Kraft gesetzt. Dabei zeichnet sich ein neuartiger krisenbedingter technokratischer Autoritarismus ab, der politisch nicht (wie traditionell) von rechts kommt, sondern eher von links, unter den Zeichen des vermeintlich ‚Guten‘ und ‚Wahren‘. Diese Art von Autoritarismus ist wissenschaftlich kaum erforscht, sowohl bezüglich der Konzeptualisierung und Messung wie auch von Vorkommen, Entwicklung und Hintergrund. In der ‚Corona-Krise‘ kulminierte eine seit langem währende Krisenpolitik vermeintlicher ‚Alternativlosigkeit‘, mit der Erosion der Demokratie und Spaltung der Gesellschaft entlang ‚symbolischen Kapitals‘. Angesichts immer neuer Krisenkonstruktionen wie der ‚Klimakrise‘ und der Popularität technokratisch-autoritärer Haltungen sind Forschungen dazu auch demokratietheoretisch geboten. Im Beitrag wird zunächst kursorisch die Entwicklung des krisenbedingten Autoritarismus in der ‚Corona-Krise‘ rekapituliert. Dann folgen Überlegungen zum Konzept des wenig erforschten linken, technokratischen Autoritarismus, dessen Relevanz durch die danach referierten Studien zum Hintergrund autoritärer Tendenzen in der ‚Corona-Krise‘ unterstrichen wird. Abschließend folgt ein Fazit mit dem Ausblick auf die weitere Forschung.

1. Technokratische Krisenpolitik in der ‚Corona-Krise‘

Im Rückblick lässt sich zunächst in vielen Demokratien eine seit Jahrzehnten andauernde Tendenz zur technokratischen Krisenpolitik und zur Nutzung von Krisen und Ausnahmezuständen als zunehmend normale Mittel der Regierung beobachten, mit offen oder versteckt autoritären Strukturen (vgl. Agamben 2004; Förster 2017; Roth 2021; Séville 2017). Die hier nur kurz skizzierte ‚Erosion‘ der Demokratie‘ soll insofern beim folgenden analytischen Blick auf die ‚Corona-Krise‘ als Hintergrund beachtet werden (vgl. Roth 2021). Im argumentativen Zentrum technokratischer Krisenpolitik (von Mitte-Rechts wie Mitte-Links-Regierungen) steht eine vermeintliche ‚Alternativlosigkeit‘ politischer Entscheidungen angesichts von ‚Sachzwängen‘ wie ‚Globalisierung‘ usw., womit die soziale Ungleichheit und Spaltung der Gesellschaft immer weiter zunahm (Elsässer, Hense, und Schäfer 2018; Piketty 2019; Schäfer 2008). Infolgedessen grassiert schon seit längerem die politische Enttäuschung im ‚einfachen Volk‘, das aus Protest immer häufiger nach rechts tendiert, und dessen Hintergrund (u.a. die Mitverantwortung der ‚brahmanischen Linken‘) meist verkannt wird (Amable und Darcillon 2020; Piketty 2018; Roth 2020).

Jedenfalls trifft die ‚Corona-Krise‘ der Jahre 2020-2022 auf seit längerem etablierte Muster einer technokratischen Krisenpolitik und Erosion der Demokratie. Insofern ist es kein Zufall, dass sich im politischen Umgang mit der Corona-Krise – bei aller Ähnlichkeit insgesamt – auch *Unterschiede* innerhalb von Demokratien zeigen. Insgesamt sind in den bereits vor der Krise relativ besser funktionierenden Demokratien wie Schweden oder der Schweiz auffällig weniger autoritäre Tendenzen aufgetreten und es erfolgten geringere Einschränkungen bürgerlicher Freiheitsrechte, als in jenen Staaten, die vor der Corona-Krise eine schlechtere Demokratiequalität aufwiesen (vgl. Engler u. a. 2021).¹ Insofern passt dazu, dass Italiens technokratische Regierung Draghi als europäischer Vorreiter am 8. März 2020 einen relativ strengen ‚lock down‘ mit Ausgangssperren usw. verhängte, ein Land, das schon seit längerem eine stark erodierende Demokratie verzeichnet und zwischen Technokratie und ‚Populismus‘² schwankt

¹ Meist wird zur Messung der Oxford COVID-19 Government Response Tracker (OxCGRT) verwendet (Hale u. a. 2021). Dabei fällt aber auf, dass z.B. Schweden, das primär auf Empfehlungen und Freiwilligkeit setzte, erstaunlich hohe Werte aufweist (z.B. Anfang April 2020: 64,81, Skala 0, keine Einschränkungen bis 100, vollständige Einschränkungen), während für Deutschland mit einem relativ harten Lockdown nur der Wert 76,85 ausgewiesen wird.

² Der Begriff des ‚Populismus‘ ist insofern problematisch und zweischneidig, weil er eine abwertende Konnotation birgt, womit der ‚populus‘ in die Nähe des ‚Pöbels‘ gerückt wird, gegenüber der ‚vernünftigen‘ Elite. Damit wird der zum Teil berechnete Unmut über eine mangelnde Interessenberücksichtigung des ‚einfachen Volks‘ verkannt. Gleichzeitig sollen hier aber die als populistisch klassierten fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen und damit verbundene politische Bewegungen nicht legitimiert werden.

(vgl. Bruno und Cozzolino 2022).³ Als weiterer Vorreiter erklärte der französische Präsident Macron am 15.3.2020 sogar flugs den „Krieg“ gegen einen „unsichtbaren Feind“,⁴ womit er bis dahin kaum für möglich erachtete Einschränkungen von Freiheiten begründete. Damit knüpfte er an die fatale Wortwahl des US-Präsidenten Bush und dessen „Krieg gegen den Terror“ an, der ex-post in der nüchternen Analyse noch mehr als Ausdruck eines überbordenden autoritären Etatismus oder ‚Sicherheitsstaats‘ (Hirsch) angesehen werden muss, und mit dem die Legitimierung eines Ausnahmezustands und rechtsstaatlichen Abgründen erfolgte (vgl. Förster 2017). Auch Frankreich zeigte übrigens laut Democracy Barometer und Umfragen schon länger eine stark erodierte Demokratiequalität, so dass hier (ähnlich wie bei Italien) faktisch von einer ‚defekten‘ oder nur noch halbwegs funktionierenden Demokratie gesprochen werden kann.⁵ Insofern droht die bereits seit längerem diskutierte Erosion oder ‚Krise‘ der Demokratie sich weiter zu verschärfen.⁶ Die Hintergründe und Zusammenhänge dieser technokratischen Krisenpolitik sind jedoch noch wenig untersucht worden.

Infolge von Angst und dem daraus resultierendem öffentlichen Druck entwickelte sich eine Art politischer ‚Kettenreaktion‘ mit einem in den ‚westlichen‘ Demokratien seit dem 2. Weltkrieg nicht gekannten politischen *Ausnahmezustand* und einer zumindest temporär mehr oder weniger *autoritären* Politik (Hase und Engelke 2022; Maurer, Reinemann, und Kruschinski 2021; Meyen 2021a, 2021b; Rieg 2020; von Rossum 2020). Auch in Deutschland wurden die Regierenden oder politisch Verantwortlichen, die zunächst eher beschwichtigten, immer stärker in den Sog der Krisenwahrnehmungen gezogen. Angetrieben durch Medienberichte, wissenschaftliche Schreckensszenarien und autoritäre Vorreiter wie China, aber auch Italien und Frankreich, verkündete bald auch die deutsche Regierung einen ‚lock down‘, mit gravierenden Einschränkungen von Freiheitsrechten und Demokratie, jedoch ohne formelle Erklärung eines Ausnahmezustands und ohne Bezug zu den Notstandsregelungen des Grundgesetzes; vielmehr erschienen einfache gesetzliche Grundlagen des Infektionsschutzgesetzes und

³ Italien wies laut Democracy Barometer (vgl. http://www.democracybarometer.org/concept_de.html) den Wert 53,3 auf (2016, Skala 0 bis 100) und z.B. sahen ca. 85% der Bürgerinnen und Bürger keinen oder nur sehr wenig politischen Einfluss des Volkes (European Social Survey 2018).

⁴ Redaktionsnetzwerk Deutschland, 16.3.2020: <https://www.rnd.de/politik/sind-im-krieg-frankreich-verhangt-ausgangssperre-im-kampf-gegen-coronavirus-OAGQAFXXE7IPEUI224KHWPVEA4.html>

⁵ Laut Democracy Barometer lag Frankreichs Qualität der Demokratie mit dem Wert 46,3 unter dem Wert von Ungarn (50,5) und damit unter der Mitte der Skala von 0-100; laut European Social Survey (ESS) zeigten sich in Frankreich nur noch 31,5% zufrieden mit dem Funktionieren ihrer Demokratie (Werte 6-10, Skala 0-10), in Schweden waren es 69,1%, in der Schweiz 87,2%, in Deutschland waren das im Jahr 2018 immerhin noch 60,2%, im Jahr 2020 noch 57,3% (ESS).

⁶ Inwiefern es eine ‚Krise‘ der Demokratie bereits vor der ‚Corona-Krise‘ gab, wird wissenschaftlich kontrovers diskutiert und hängt auch von Ansprüchen sowie dem Verständnis von Demokratie ab (Merkel und Kneip 2018). Indes meinten in einer Umfrage 2022 über 31% der befragten Bürgerinnen und Bürger, dass es in Deutschland eine ‚Scheindemokratie‘ gäbe ([Allensbach Institut für Demoskopie 2022](#)) und laut European Social Survey (2018) bejahten nur 13,2% der Befragten, dass das politische System hierzulande den Bürgerinnen und Bürgern Einfluss auf die Politik ermögliche (über die Hälfte verneinen dieses).

Verordnungen offenbar ausreichend (Lucenti 2023). Dazu ordneten sich sowohl die Legislative wie auch Judikative rasch und bereitwillig der Exekutive unter (Kneip und Merkel 2022; Merkel 2020). Das politische Machtzentrum bildete fortan eine in der Verfassung nicht vorgesehene *informelle* Runde von Bundes- und Landesregierungen, bei dem die Bundeskanzlerin und der Bundesgesundheitsminister mit den ihr unterstellten und von ihr ausgewählten wissenschaftlichen Instituten, Beraterinnen und Beratern den Tenor vorgaben, dem auch die Regierungen der Länder sowie Medien vor allem zu Beginn weitgehend folgten. Die Verfassung blieb somit krisentypisch weitgehend unbeachtet (ähnlich wie in den USA nach ‚9-11‘), zumindest kurzfristig (J. Hirsch 2020; Knieps 2020).

Diese in vielen Ländern zu beobachtende Machtkonzentration bei Regierungsapparaten (Exekutive) stellt *das* definierende Merkmal eines politischen Ausnahmezustands dar (Lemke 2017). Insbesondere in den Anfängen der Krise ordneten sich nicht nur in Deutschland fast alle politischen Institutionen und Akteure, Legislative wie Judikative, fast alle Parteien und insbesondere die ‚4. Gewalt‘ der Medien bereitwillig unter (vgl. Kneip und Merkel 2022; Merkel 2020). Es dominierte zumindest temporär mehr oder weniger einhellig ein *autoritär-technokratischen* Kurs, der weit mehrheitlich in der Öffentlichkeit gefordert und legitimiert oder hingenommen wurde.⁷ In der politischen Öffentlichkeit, Medien oder Umfragen wurde eher eine mangelnde Strenge und Reichweite von ‚Maßnahmen‘ oder der ‚laxe‘ Umgang mit ‚Corona-Gefahren‘ kritisiert, weshalb die besonders zur Vorsicht und Strenge mahnenden, autoritär und technokratisch auftretenden Politikerinnen oder Politiker in Umfragen und bei Wahlen belohnt wurden (vgl. Amat, Arenas, und Falcó 2020; Cena und Roccato 2023; Giommoni und Loumeau 2020; Lavezzolo, Ramiro, und Fernández-Vázquez 2022; Roccato u. a. 2021).

Eine zentrale Rolle in der ‚Corona-Krisenpolitik‘ spielten dabei *Medien* und *Wissenschaft* im Rahmen eines Wettbewerbs um Aufmerksamkeit (Meyen 2015, 2021b, 2022; Roth 2021). So begannen ‚westliche‘ *Leitmedien* schon im Januar 2020 erstaunlich intensiv aus der chinesischen Millionenstadt Wuhan zu berichten, mit eindrücklichen, angsterregenden Bildern und Berichten aus einer abgeriegelten Stadt im Ausnahmezustand, was sich rasch zu einer Art „Kriegsberichterstattung“ steigerte (Hofbauer und Kraft 2020; Meyen 2021a). Gezeigt wurde, wie das autokratische Regime einen Ausnahmezustand zur Bekämpfung einer als neuartig bezeichneten Erkrankung mit Corona-Viren (Sars-Cov-2/Covid-19) verhängte und das gesamte öffentliche Leben mit Ausgangssperren zum Erliegen brachte (‚lock down‘), mit gespenstisch leeren Straßen, Hygienetrupps in Schutzkleidungen und viel Polizei oder Militär; zudem wurde über die rigide Überwachung und Absonderung infizierter oder erkrankter

⁷ Technokratie bedeutet, dass politische Entscheidungen durch ‚Expertinnen‘ oder ‚Experten‘ wahrgenommen oder geprägt, vermeintlich neutral oder ‚entpolitisiert‘ getroffen werden (vgl. Sánchez-Cuenca 2017). Dieses beruht auf der Annahme, dass gesellschaftlich relevante Entscheidungen unpolitisch sein könnten und zeigt letztlich ein Misstrauen oder tendenzielle Ablehnung von Demokratie und ‚vox populus‘.

Menschen berichtet (Hofbauer und Kraft 2020). In den Wochen und Monaten danach verbreitete sich die Corona-Viren rasch auch in Europa und die Schreckensnachrichten und -bilder häuften sich auch hier. Täglich wurden nun in Massenmedien *Zahlen* positiv getesteter Personen, Erkrankungen und Todesfälle als ‚Top-News‘ oder in Sondersendungen vermeldet, wobei eine differenzierte, nüchtern abwägende Einordnung jedoch meist unterblieb: So wurde z.B. von ‚Corona-Toten‘ gesprochen, sobald bei Verstorbenen ein positives Testergebnis des hoch sensitiven Tests vorlag, auch wenn die Todesursachen, bei den meist sehr alten, multimorbiden Verstorbenen in der Regel unklar blieben.⁸ Neben den typischen aufgeregten Medienberichten begründeten auch angsterregende wissenschaftliche *Modellrechnungen* und darauf basierende strikte Empfehlungen ausgewählter Expertinnen und Experten Krisenwahrnehmungen und daraus erwachsende politische ‚Maßnahmen‘, wobei auffällig war, dass die besonders drastisch warnenden Stimmen, wie des ‚Imperial College London‘ um Neil Ferguson, dominierten, auch wenn sich deren Behauptungen schon bald als falsch erwiesen (vgl. Ioannidis, Cripps, und Tanner 2020; Joffe 2021). Infolgedessen rief die World Health Organization (WHO) am 11.3.2020, eine „Pandemie“ aufgrund von Corona-Viruserkrankungen (SARS-Cov-2/COVID-19) aus, was im Gegensatz zu bisherigen Pandemie-Plänen und Definitionen stand, jedoch dem typischen *krisenbedingten Gruppendenken* („group think“) folgte (Joffe 2021).⁹

2. Krisenbedingter Autoritarismus des ‚Guten und Wahren‘: Ein wenig erforschtes Phänomen

Autoritarismus wird heute allgemein zunächst als kontextabhängiger, grundsätzlich veränderlicher Einstellungstypus angesehen und nicht mehr als feste Persönlichkeitsstruktur (wie noch zu Zeiten von Adorno und Horkheimer), wobei drei *Subkategorien* unterschieden werden: 1. die Bereitschaft oder Forderung zur Unterordnung gegenüber Hierarchien und Gruppennormen (*Unterwerfung*), 2. die Befürwortung strenger sozialer Kontrollen und Strafen gegenüber Abweichungen von sozialen Normen (*Aggression*) und drittens das Verlangen von Konformität zu Normen, Werten und Moralvorstellungen (*Konventionalismus*) (vgl. Filsinger und Freitag

⁸ Nach einer ersten Phase der Unsicherheit war bald Folgendes evident (vgl. Ioannidis 2020; Ioannidis, Cripps, und Tanner 2020; Jefferson u. a. 2020; Pollock und Lancaster 2020; Sönnichsen 2020): 1. Sars-Cov-2/Covid-19 war in erster Linie für hochgradig ältere, multimorbide Menschen lebensgefährlich, wobei 2. meist unklar blieb, ob Menschen ursächlich an Covid-19 oder nur *mit* einem positiven Testergebnis starben, da 3. der hoch sensible PCR-Test kleinste Mengen an Viren identifiziert, ohne dass Symptome oder Erkrankungen vorliegen, so dass der paradoxe Begriff „asymptomatisch Erkrankter“ aufkam; 4. Kann zwar nicht ausgeschlossen werden, dass ‚asymptomatische‘ Fälle Viren verbreiten, jedoch selten und in unerheblichem Ausmaß (vgl. als Zusammenfassung z.B.: <https://www.cicero.de/kultur/stellungnahme-sokrates-corona-pandemie-schrappantes>; <https://swprs.org/covid19-facts/>, <https://wiges.org>).

⁹ Zur WHO und ihrer Finanzierung, Organisation sowie Pandemiepolitik siehe kritisch: Beigbeder 2012; Doshi 2011; Meisterhans 2020

2022, 420). Autoritarismus drückt sich somit in einer Art moralischem Absolutismus aus, mit Dogmatismus, Intoleranz und rigider, aggressiver Bereitschaft zur ‚harten‘, strafenden Durchsetzung von Normen, Überzeugungen, Werten, Lebensweisen oder Formen sozialer Organisation, ungeachtet individueller Wünsche nach Selbstbestimmung und Freiheit sowie unter Vernachlässigung menschlicher oder sozialer Kosten (vgl. Duckitt, n. Wüstner 2022).

Grundsätzlich kann damit Autoritarismus nicht nur, wie meist angenommen wird, mit politisch rechtsorientierten Einstellungen und Ideologien auftreten oder assoziiert werden, sondern auch aus linken Ideologien gespeist sein. Letzteres wurde insbesondere in den Zeiten der Corona-Krise offenbar, indem sich eine neue Art eines technokratischen Links-Autoritarismus oder ein Autoritarismus unter den Zeichen des ‚Guten und Wahren‘ zeigte. Diese Art eines ‚neuen‘ Autoritarismus speist sich heute zunehmend nicht aus klassischen Formen des politischen Rechts-Autoritarismus, sondern aus *linken* politischen Ideologien, welche sich aber ebenso (wenn auch inhaltlich anders begründet als beim Rechts-Autoritarismus) in Dogmatismus und Ablehnung, Bekämpfung und Verfolgung Andersdenkender äußern und mit dem Ruf nach staatlicher Förderung und Durchsetzung der favorisierten Normen und Werte einhergeht (vgl. Conway III u. a. 2018, 2023; M. Hirsch 2022; Manson 2020; Peng 2022).

Dazu passt vom ideologischen Hintergrund, dass die politische Linke traditionell stärker zu sozialstaatlichem Interventionismus und Regulierung tendiert. Dagegen bevorzugen Konservative und Liberale traditionell eher weniger ‚Staatseingriffe‘ bzgl. Markt und Familie und betonen die private Selbstverantwortung und Freiheit. Allerdings gibt es auch widersprüchliche Aspekte des politisch-ideologischen Hintergrund, denn die politische Rechte wird an sich traditionell viel stärker mit Forderungen der Unterwerfung, Aggression und Konventionalismus im Sinne von ‚Law and Order‘ in Zusammenhang gebracht, während die politische Linke an sich traditionell stärker mit Forderungen von partizipativer Demokratie, Bürgerrechten und libertären Haltungen assoziiert wird.

Forschungen und Messansätze bezüglich eines ‚Links-Autoritarismus‘ sind noch unterentwickelt und werden kontrovers diskutiert, wobei manche das Phänomen gänzlich zum Mythos erklären (vgl. Conway III u. a. 2018, 2023). Zudem werden bei der Messung von Autoritarismus (auch wenn er auf den Links-Autoritarismus zielt) häufig weiterhin primär oder alleine Fragen zu Einstellungen bzgl. ‚Führern‘ oder Führerschaft gestellt (vgl. Beierlein u. a. 2014; M. Hirsch 2022). Dieses passt aber offenbar kaum zur politischen Linken und deren Forderungen von Gleichheit und Partizipation, auch wenn wiederum in der radikalen Linken (siehe Marxismus und Kommunismus) durchaus ein Führerkult mit Verehrung und fast blinder Gefolgschaft gegenüber Führungsfiguren vorkam, wie auch die gnadenlose Bekämpfung und Verfolgung von ‚Abweichenden‘ oder ‚Klassenfeinden‘ in linken politischen Gruppierungen Tradition hat (nicht nur im autoritären Staatssozialismus).

Ungeachtet solcher konzeptueller Unklarheit schlagen aktuelle Messkonzepte zum Links-Autoritarismus von Costello et al. (2023) die folgenden Subkategorien vor: Anti-hierarchical Aggression, Left-wing Conventionalism, and Prohibition of Protected Speech. Dabei bleibt aber auf den ersten Blick unklar, inwiefern „anti-hierarchische Aggression“ als „autoritär“ begriffen werden sollte, was zumindest ad hoc widersprüchlich scheint, weil damit an sich auch eher anti-autoritäre, libertäre Einstellungen verbunden werden können, die an sich den Gegenpol zum Autoritarismus bilden (was empirisch auch bei den Haltungen in der Corona-Krise bestätigt wird, weil Libertäre am stärksten autoritäre Maßnahmen ablehnten; vgl. Peng 2022). Auch die Erläuterung der Autoren, dass “Anti-hierarchical Aggression” “...reflects the belief that individuals currently in power should be punished, the established order should be overthrown, and extreme actions, such as political violence, are justifiable to achieve these aims” (Costello und Patrick 2023, 189), überzeugt kaum. Entscheidend scheint mir vielmehr eine dogmatische und aggressiv-kämpferische, illiberale Haltung, ungeachtet auf welcher Ideologie dieses beruht und ungeachtet, wogegen sich dieses richtet. Insofern passen jene Messansätze und Items auch für Links-Autoritarismus, die – losgelöst von politischen Inhalten – auf Einstellungen abheben wie *Dogmatismus*, der Forderung nach *Anpassung* und *Unterdrückung*, mit der Bereitschaft zur *Aggression*, *Verfolgung* und *Bestrafung* Andersdenkender oder Abweichender.

Zuletzt muss aber auch berücksichtigt werden, dass in der Corona-Krise eine Art eines wohlmeinenden ‚*technokratischen Autoritarismus*‘ zutage trat,¹⁰ der im apodiktischen Appell ‚folgt der Wissenschaft‘ zum Ausdruck kommt und wofür die politische Linke besonders empfänglich scheint (Manson 2020; Peng 2022). Dabei wurden übrigens wissenschaftliche Befunde auffällig selektiv rezipiert oder akzeptiert, indem ausgewählte, meist regierungsnah, Expertinnen und Experten dominierten, was aber als wissenschaftlicher ‚Konsens‘ behauptet wurde, ohne überhaupt eine freie und offene wissenschaftliche Auseinandersetzung auch nur im Ansatz zuzulassen. Im Ruf ‚follow the science‘ drückt sich somit an sich eine dogmatische, antiwissenschaftliche Haltung aus. Denn das Wesen der Wissenschaft besteht bekanntlich erst einmal darin, offen und plural, kontroverse Annahmen und Hypothesen aufzustellen, in Frage zu stellen, kritisch zu prüfen und frei, undogmatisch zu diskutieren.

¹⁰ Was z.B. im berühmten Slogan und technokratischen Argument ‚there is no alternative...‘ der früheren britischen Premierministerin Thatcher zum Ausdruck kommt und von vielen anderen, linken wie rechten, Politikern übernommen wurde (vgl. Séville 2017)

3. Hintergrund des krisenbedingten Autoritarismus

Ungeachtet der noch weiter zu entwickelnder Messkonzepte neuartiger Formen des krisenbedingten ‚technokratischen‘ Autoritarismus oder ‚Links-Autoritarismus‘ sollen nachfolgend empirische Studien zum Hintergrund des in der ‚Corona-Krise‘ auftretenden Autoritarismus referiert werden, welche deutlich machen, dass dieses Phänomen durchaus keine ‚Schimäre‘ ist. Zunächst unterstreichen diverse Studien (sowohl im Quer- wie auch Längsschnitt) die enorme *Zunahme* autoritärer Einstellungen (wie auch immer gemessen) in den meisten Ländern, gepaart mit der stark wachsenden Unterstützung technokratischer Entscheidungsformen (Amat, Arenas, und Falcó 2020; Filsinger und Freitag 2022; M. Hirsch 2022; Maher u. a. 2022; Wüster 2022; Lavezzolo, Ramiro, und Fernández-Vázquez 2022; Cena und Roccato 2023). Dabei zeigten übrigens Befragte in Deutschland im Vergleich mit fünf europäischen Ländern (Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Schweiz) sogar die stärksten Tendenzen zum krisenbedingten Autoritarismus (Filsinger und Freitag 2022).

Eine vorrangige *Ursache* für die gewachsenen autoritären Einstellungen liegt zunächst in der (medial vermittelten und konstruierten) *Angst* bzgl. Covid-19, was sich über alle drei Subdimensionen des Autoritarismus (Unterwerfung, Aggression und Konformität) als stark fördernder Einfluss bestätigte (vgl. Filsinger und Freitag 2022). Vermutlich wird in existentiell bedrohlich empfundenen Krisensituationen ein allgemein menschlicher (evolutionär begründeter) Impuls und Appell zu Zusammenhalt, Disziplin und Kampfbereitschaft gegen äußere wie innere Feinde wirksam, um als Gruppe zu überleben, was sich als Sammlung hinter Regierungen ausdrückt (‚rally round the flag‘) und insbesondere in Kriegssituationen auftritt (Baekgaard u. a. 2020; Giommoni und Loumeau 2020).¹¹ Dabei wurden in der Corona-Krise wechselseitige Verstärkungen zwischen krisenbedingter nationaler Identifikation und Sammlung sowie Autoritarismus beobachtet (vgl. Maher u. a. 2022). Zugleich wurden damit in der ‚Corona-Krise‘ offenbar politische und ideologische Gegensätze tendenziell überdeckt oder zeitweise außer Kraft gesetzt, so dass autoritäre Konzepte und rigide staatliche Freiheitseingriffe, Kontrollen, Strafen und Überwachung plötzlich von einer großen Mehrheit in der Bevölkerung getragen wurden.

Trotz der allgemeinen, angst- und krisengetriebenen, Tendenz zum Autoritarismus in der Corona-Krise zeigen sich aber Faktoren wie *Bildung* und *politisch-ideologische Orientierungen* (Rechts-Links-Gegensätze) weiterhin als wirksam und diese Einflüsse verschwinden nicht völlig. Dabei offenbaren zwar zunächst in einer Querschnittsbetrachtung die Befragten mit niedrigerer Bildung und eher rechtsgerichteten politischen Einstellungen *eher* autoritäre Haltungen

¹¹ Allerdings setzen externe Schocks wie Naturkatastrophen und Krisen Regierungen auch unter Druck und dieses kann auch Unzufriedenheit oder Rebellion fördern, so dass insbesondere in autokratischen Herrschaftsformen ein Druck pro Demokratisierung entstehen kann (vgl. Amat, Arenas, und Falcó 2020, 5).

(vgl. Filsinger und Freitag 2022). Wenn aber die *Tendenzen* und die *Zunahme* autoritärer Einstellungen in der Krise betrachtet werden, ergibt sich ein völlig anderes Bild, weil jene, welche normalerweise oder an sich weniger Neigung zu Autoritarismus zeigen (zumindest in der klassischen Konzeption),¹² eine auffällig stärkere Zunahme autoritärer Einstellungen infolge von Krisenwahrnehmungen offenbaren (gefragt wurde nach Covid-19 und ‚Klimawandel‘). Dagegen zeigten jene, die allgemein oder an sich schon stärker zu Autoritarismus tendieren, keine weitere krisenbedingte Zunahme autoritärer Einstellungen (vgl. M. Hirsch 2022).¹³

Ähnliche Befunde liefern Befragungen und Analysen aus den USA, wobei insbesondere Menschen, welche den Demokraten nahestehen und an sich eher liberal oder links orientiert sind, infolge von Covid-19 signifikant zur nationalen Sammlung und zum Autoritarismus tendierten (vgl. Maher u. a. 2022, 10). Auch andere Analysen zur Corona-Politik unterstreichen den Befund, dass politisch *linksorientierte* Kräfte und Regierungen generell zu *strengeren* Maßnahmen in der ‚Corona-Krise‘ neigten (vgl. Jahn 2022). Damit wird zugleich deutlich, dass auch in der ‚Corona-Krise‘ der Einfluss der Parteidifferenz mit dem Links-Rechts-Gegensatz nicht völlig verschwand, trotz der vorgenannten Tendenz zur parteiübergreifenden autoritären, technokratischen Sammlung, welche ein Überdecken oder temporäres Zurücktreten von Parteikonflikten mit sich brachte. Insgesamt wird auch durch weitere Befragungen und Analysen auf der Mikroebene untermauert, dass Befragte mit politischem Links-Autoritarismus signifikant stärkere Ängste vor Covid-19 wahrnahmen, eine größeren Affinität zu Impfungen zeigten, eine stärkere Befürwortung der Impfpflicht und stärker zur Bestrafung nicht geimpfter Menschen tendierten (Peng 2022).

Demgegenüber zeigen vor allem die Befragten mit *libertären* politischen Einstellungen signifikant weniger Ängste vor Covid-19, eine geringere Affinität zu Impfungen, eine ablehnende Haltung gegenüber der Impfpflicht und auch zur Bestrafung nicht geimpfter Menschen (Peng 2022). Mit dem zuletzt genannten Befund wird unterstrichen, dass der logische Gegenpol zum Autoritarismus (ob von rechts oder links) in *libertären* politischen Einstellungen zu suchen ist, weshalb eine Konstruktion eines ‚libertären Autoritarismus‘ (Amlinger und Nachtwey 2022) als Widerspruch im Wort, willkürlich und abwegig erscheint.¹⁴ Auch laut anderen vergleichender Analysen befürworteten Menschen mit links-autoritären Einstellungen in deutlich stärkerem Ausmaß strenge Regeln zur ‚sozialen Distanzierung‘, die Zensur abweichender Sichtweisen (was

¹² Hierbei muss aber auch die oben genannte Fragestellung berücksichtigt werden, die z.B. mit Fragen zur Einstellung bzgl. ‚Führerschaft‘ am klassischen Rechts-Autoritarismus orientiert ist und den ‚Links-Autoritarismus‘ nicht gut erfasst.

¹³ Es handelt sich um eine experimentelle Befragung, wobei die o.g. KSA-3 Kurzskala des Autoritarismus erfragt wurde und zusätzlich an drei Subgruppen unterschiedliche Fragen nach Autoritarismus, verbunden mit Covid-19 und Klimawandel oder ohne solche Zusätze.

¹⁴ Eine ähnliche Verknüpfung der Corona-Proteste zeigen auch Grande et al. (2021), welche die ideologisch schwer einzuordnende, heterogene Bewegung partout als rechtsgerichtet interpretieren (vgl. Roth 2023).

oft ohne umfassende Prüfung als ‚Desinformation‘ abgewertet wurde), harte Bestrafungen von Verstößen gegen ‚Corona-Regeln‘ sowie die Verlagerung von Entscheidungsautorität zu Expertinnen oder Experten im Gesundheitsbereich (was Rechts-Autoritäre eher ablehnten); darüber hinaus gab es weitere Aspekte, bei denen die Forderungen von Links-Autoritären weitergehend waren (staatliche Unterstützung der Wirtschaft, Beschränkungen durch Exekutivanordnungen, Covid-19-Testpflichten) (Manson 2020).¹⁵

Die krisenbedingten Impulse zur autoritären Unterwerfung, Konformität und Aggression äußerten sich in der Corona-Krise nicht zuletzt in einer bis dato kaum für möglich gehaltenen Bereitschaft und Tendenz zur *Diskriminierung*, insbesondere gegenüber nicht geimpfter Menschen, was laut Umfragen in den meisten Ländern beobachtet werden konnte (Ausnahmen bilden Länder wie Ungarn und Rumänien) (vgl. Bor, Jørgensen, und Petersen 2023; Wüstner 2022). Diese Menschen wurden als gefährdend, unsolidarisch und inkompetent abgewertet, wobei die Abwertungen laut Befragungen in verschiedenen Ländern stärker ausfielen als gegenüber „Einwandernden aus Ländern des mittleren Ostens“ (vgl. Bor, Jørgensen, und Petersen 2023).¹⁶ Hass und Diskriminierung gegenüber nicht geimpften Menschen sind z.B. in Deutschland durch viele Äußerungen prominenter Medienschaffender, Politikerinnen oder Politikern, Intellektuellen usw. belegt, darunter pikanterweise auffällig viele, die sich sonst so vehement gegen Diskriminierung, Hass und Gewalt aussprechen (vgl. Klöckner und Wernicke 2022; <https://ich-habe-mitgemacht.de>). Im Zuge der krisenbedingten nationalen Sammlung und autoritärer Aufwallungen wurden übrigens auch tendenziell alle, darunter auch viele seriöse, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die von der regierungsamtlichen Doktrin und deren Deutungshoheit abwichen, oft als ‚Schwurbler‘, ‚Covidioten‘ usw. diskreditiert, zensiert, gemäßregelt oder entlassen (vgl. Furkert 2022; Hofbauer 2022; Roth 2023; Shir-Raz u. a. 2022; Waldhaus 2021).

Dazu zeigen die vertiefenden Analysen zum Hintergrund der Bereitschaft zur Diskriminierung nicht geimpfter Menschen, dass diese zwar einerseits wie erwartet stark mit Angst assoziiert war, aber auch gesellschaftlichen *Normen* der Solidarität und Kooperation folgt, wobei *höher* Gebildete (sowie Reichere und Ältere) signifikant *häufiger* diskriminierende Einstellungen gegenüber nicht geimpften Menschen äußerten, weil sie dieses als Verletzung von Solidaritätsnormen ansehen (Bor, Jørgensen, und Petersen 2023).¹⁷ Deshalb wurde vermutlich auch die

¹⁵ Dazu traten erwartet starke Unterschiede bei politisch-ideologisch klar links und rechts zugeordneten Fragen auf wie Abtreibungsverbot, Waffenverbote oder Verbote von Einwanderung (vgl. ebd. Table S6).

¹⁶ Mit der Wendung „aus dem mittleren Osten immigriert“ sollte der Begriff „Muslim“ oder „muslimisch“ vermieden werden (Bor, Jørgensen, und Petersen 2023, 711), gemeint waren aber wohl implizit doch eher arabischstämmige, islamisch geprägte Einwandernde und nicht z.B. solche aus Israel.

¹⁷ Ähnliche Zusammenhänge legt die Befragung von Wüstner (2022) nahe, insbesondere angesichts der Stichprobe mit einem Anteil von 71% Studierenden: Demnach war für 76% der Befragten wichtig, dass alle solidarisch sind und für 70%, dass alle den Corona-Regeln folgen; nur 12% fanden es wichtig, dass kritische Informationen in Medien nicht zensiert werden sollten und nur 22,8%, dass die Leute um sie auch kontroverse

faktisch unbestreitbare Diskriminierung nicht geimpfter oder sich nicht an Corona-Regeln haltenden Menschen noch nicht einmal als solche wahrgenommen und geleugnet.

Zum krisenbedingt wachsenden Autoritarismus trug nicht zuletzt der ‚Glaube‘ an oder das Vertrauen in ‚die‘ Wissenschaft bei (vgl. Cena und Roccato 2023; M. Hirsch 2022; Lavezzolo, Ramiro, und Fernández-Vázquez 2022; Peng 2022). Dazu zeigen multivariate Analysen, dass die mit dem Vertrauen in Wissenschaft verbundene positive Einstellung zur Impfung gegen Covid-19 sogar stärker die Bereitschaft fördert, nicht geimpfte Menschen zu bestrafen, als dass dieses durch Ängste vor Covid-19 hervorgerufen wurde (Peng 2022, 4). Insofern ist Angst als Erklärungsfaktor für den krisenbedingten Autoritarismus auch nur einer neben anderen. Dabei scheint, so zeigt eine der wenigen Studien zum Links-Autoritarismus, dass gerade unter dem wissenschaftlichen, akademischen Nachwuchs eine hochgradig wissenschaftsfeindliche, konformistische Haltung verbreitet scheint: So bejahten in einer Befragung nur 25% der Befragten die Aussage, dass abweichende Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler auch angehört werden sollten, nur 27% bejahten, dass Standpunkte oder Ärztinnen und Ärzte mit kritischen Sichtweisen von Impfungen gehört werden sollten, die Aussage, dass Medien auch kontroverse Inhalte thematisieren sollten, bejahten nur 21%, dass kritische Inhalte in der öffentlichen Auseinandersetzung nicht zensiert werden sollten, befürworteten sogar nur 12% (vgl. Wüstner 2022). Dass in dieser Stichprobe ein Anteil von 71% auf Studierende entfiel, gibt Anlass zur ernststen Sorge und weiteren Forschungen bzgl. der Zukunft von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit sowie Demokratie.¹⁸ Insofern sollte die in der Corona-Krise deutlich gewordene neuartige Art eines krisenbedingten ‚technokratischen Autoritarismus‘ dringend weiter untersucht werden, auch vor dem Hintergrund von schon länger zur Sorge Anlass gebenden Forschungen zum ‚Zerfall der Demokratie‘ (vgl. (Mounk 2018)).¹⁹

4. Fazit und Ausblick

In der ‚Corona-Krise‘ kulminierte eine neue Art eines technokratisch geprägten Autoritarismus, der im Gegensatz zu traditionellen Formen eher von der politischen Linken kam. Der krisenbedingte Autoritarismus der ‚Corona-Krise‘ ist vor dem Hintergrund einer schon Jahrzehnte dauernden Tendenz zur technokratischen Krisenpolitik mit der Erosion der Demokratie zu

Meinungen akzeptieren. Zudem forderten ca. 40-45 % relativ weitgehende Bestrafungen und Einschränkungen von Freiheitsrechten für nicht geimpfte oder sich nicht an die Corona-Regeln haltende Menschen.

¹⁸ Zur wachsenden ‚Cancel-Culture‘ und Verengung des Sag- und Denkbaren an Hochschulen siehe z.B. Revers und Traunmüller 2020.

¹⁹ Mounk betont, dass insbesondere viele jüngere Menschen in den USA indifferente und abweisende Einstellungen gegenüber der Demokratie aufweisen und ein erstaunliches Maß der Befürwortung von Autoritarismus.

verstehen, wofür die berühmte Losung ‚there is no alternative‘ kennzeichnend ist. In der ‚Corona-Zeit‘ zeigte sich eine stark zugespitzte Tendenz zur autoritären Unterwerfung, Aggression und Anpassung, mit der Bereitschaft zur Diskriminierung aller vom vermeintlich ‚Guten und Wahren‘ Abweichender. Die Analysen dieser ‚bleiernen‘ Zeit stehen allerdings aus, wobei die ‚Wiederkehr des Verdrängten‘ unausweichlich scheint. Zu dem sich abzeichnenden ‚technokratischen Links-Autoritarismus‘ sind aber dringend weitere Forschungen erforderlich, zumal die Konstrukte, wie auch der Hintergrund und Zusammenhänge noch unklar sind. Dabei gilt es zunächst, die veralteten, unpassenden Messansätze zum Autoritarismus, die vor allem auf ‚Führer‘ oder ‚Führerschaft‘ abheben, weiterzuentwickeln, um die spezifisch technokratische, linke oder ‚moderne‘ Begründung eines Autoritarismus des ‚Guten und Wahren‘ näher zu erfassen. Denn neue Krisenszenarien wie die ‚Klimakrise‘ sind bereits virulent, wodurch technokratisch-autokratische Impulse weiter beflügelt werden und die Konflikte um die ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung‘ zunehmen dürften. Damit könnte sich auch die seit langem virulente Erosion der Demokratie aufgrund einer Spaltung und mangelnden Repräsentation entlang von Bildung oder ‚symbolischem Kapital‘ weiter verschärfen.

5. Literatur

- Agamben, Giorgio. 2004. *Ausnahmezustand*. 3. [Aufl.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Amable, Bruno, und Thibault Darcillon. 2020. „The brahmin left, the merchant right, and the bloc bourgeois (Political Economy Working Papers No. 1/20, Université de Genève)“.
- Amat, F, A Arenas, und A Falcó. 2020. „Pandemics meet democracy. Experimental evidence from the COVID-19 crisis in Spain“. https://www.researchgate.net/publication/340462096_Pandemics_meet_democracy_Experimental_evidence_from_the_COVID-19_crisis_in_Spain.
- Amlinger, Carolin, und Oliver Nachtwey. 2022. *Gekränkte Freiheit: Aspekte des libertären Autoritarismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Baekgaard, Martin, Julian Christensen, Jonas Krogh Madsen, und Kim Sass Mikkelsen. 2020. „Rallying around the Flag in Times of COVID-19: Societal Lockdown and Trust in Democratic Institutions“. *Journal of Behavioral Public Administration* 3(2): 1–12.
- Beierlein, Constanze, Frank Asbrock, Mathias Kauff, und Peter Schmidt. 2014. „Die Kurzskala Autoritarismus (KSA-3)“. https://www.gesis.org/fileadmin/kurzskalen/working_papers/KSA3_WorkingPapers_2014-35.pdf (5. Dezember 2023).
- Beigbeder, Yves. 2012. „Die Weltgesundheitsorganisation im Wandel“. *Vereinte Nationen: German Review on the United Nations* 60(5): 195–201.
- Bor, Alexander, Frederik Jørgensen, und Michael Bang Petersen. 2023. „Discriminatory Attitudes against Unvaccinated People during the Pandemic“. *Nature* 613(7945): 704–11.

- Bruno, Valerio Alfonso, und Adriano Cozzolino. 2022. „Populism and Technocracy During the Covid-19 Pandemic in Italy. A two-year balance (2020-2021)“. In *State of Emergency. Italian democracy in times of pandemic*, hrsg. Damiano Palano. Milano: EDUCatt-Ente per il Diritto allo Studio Universitario dell'Università Cattolica, 153–80.
- Cena, Lorenzo, und Michele Roccato. 2023. „Desires of Technocracy in Pandemic Times: A Multilevel Study“. *Social Science Quarterly* n/a(n/a). <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/ssqu.13254> (21. April 2023).
- Conway III, Lucian Gideon u. a. 2023. „Is the myth of left-wing authoritarianism itself a myth?“ *Frontiers in Psychology* 13: 1041391.
- Conway III, Lucian Gideon, Shannon C. Houck, Laura Janelle Gornick, und Meredith A. Repke. 2018. „Finding the Loch Ness Monster: Left-Wing Authoritarianism in the United States“. *Political Psychology* 39(5): 1049–67.
- Costello, Thomas H., und Christopher J. Patrick. 2023. „Development and Initial Validation of Two Brief Measures of Left-Wing Authoritarianism: A Machine Learning Approach“. *Journal of Personality Assessment* 105(2): 187–202.
- Doshi, Peter. 2011. „The Elusive Definition of Pandemic Influenza“. *Bulletin of the World Health Organization* 89(7): 532–38.
- Elsässer, Lea, Svenja Hense, und Armin Schäfer. 2018. „Government of the People, by the Elite, for the Rich: Unequal Responsiveness in an Unlikely Case“. *MPIfG Working Paper* 18(5). <https://www.econstor.eu/handle/10419/180215> (18. Dezember 2020).
- Engler, Sarah u. a. 2021. „Democracy in times of the pandemic: explaining the variation of COVID-19 policies across European democracies“. *West European Politics* 44(5–6): 1077–1102.
- Filsinger, Maximilian, und Markus Freitag. 2022. „Pandemic threat and authoritarian attitudes in Europe: An empirical analysis of the exposure to COVID-19“. *European Union Politics* 23(3): 417–36.
- Förster, Annette. 2017. „Die Normalisierung der Ausnahme? 15 Jahre Ausnahmezustand in den USA“. In *Ausnahmezustand: Theoriegeschichte – Anwendungen – Perspektiven, Staat – Souveränität – Nation*, hrsg. Matthias Lemke. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 303–19. https://doi.org/10.1007/978-3-658-16588-8_18 (24. Dezember 2020).
- Furkert, Franziska. 2022. „Narratives of the Pandemic: Framing of Containment Measures in Germany in 2020. An Analysis of Public Broadcasting Tv News“. <https://www.diva-portal.org/smash/record.jsf?pid=diva2%3A1695464&dswid=5569>.
- Giommoni, Tommaso, und Gabriel Loumeau. 2020. *Lockdown and Voting Behaviour: A Natural Experiment on Postponed Elections during the COVID-19 Pandemic*. Rochester, NY: Social Science Research Network. SSRN Scholarly Paper. <https://papers.ssrn.com/abstract=3659856> (28. Januar 2021).
- Grande, Edgar, Swen Hutter, Sophia Hunger, und Eylem Kanol. 2021. *Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland*. WZB Discussion Paper. Working Paper. <https://www.econstor.eu/handle/10419/234470> (27. November 2021).
- Hale, Thomas u. a. 2021. „A Global Panel Database of Pandemic Policies (Oxford COVID-19 Government Response Tracker)“. *Nature Human Behaviour* 5(4): 529–38.

- Hirsch, Joachim. 2020. „Sicherheitsstaat 4.0“. In *Lockdown 2020*, hrsg. Hannes Hofbauer und Stefan Kraft. Wien: Promedia Verlag, 167-181 (elektron. Fassung).
- Hirsch, Magdalena. 2022. „Becoming authoritarian for the greater good? Authoritarian attitudes in context of the societal crises of COVID-19 and climate change“. *Frontiers in Political Science* 4. <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpos.2022.929991> (2. Mai 2023).
- Hofbauer, Hannes. 2022. *Zensur: Publikationsverbote im Spiegel der Geschichte. Vom kirchlichen Index zur YouTube-Löschung*. Wien: Promedia Verlag/Apple Books Ebook.
- Hofbauer, Hannes, und Stefan Kraft, hrsg. 2020. *Lockdown 2020*. Wien: Promedia Verlag.
- Ioannidis, John P. A. 2020. „Global Perspective of COVID-19 Epidemiology for a Full-Cycle Pandemic“. *European Journal of Clinical Investigation* 50(12): e13423.
- Ioannidis, John P.A., Sally Cripps, und Martin A. Tanner. 2020. „Forecasting for COVID-19 has failed“. *International Journal of Forecasting*. <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC7447267/> (22. Dezember 2020).
- Jahn, Detlef. 2022. „Politics and corona lockdown regulations in 35 highly advanced democracies: The first wave“. *International Political Science Review*: 01925121221078147.
- Jefferson, Tom, Carl Heneghan, Elizabeth Spencer, und Jon Brassey. 2020. „Are You Infectious If You Have a Positive PCR Test Result for COVID-19?“ *The Centre for Evidence-Based Medicine*. <https://www.cebm.net/covid-19/infectious-positive-pcr-test-result-covid-19/> (17. Januar 2021).
- Joffe, Ari R. 2021. „COVID-19: Rethinking the Lockdown Groupthink“. 0. <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpubh.2021.625778/full>.
- Klößner, Marcus, und Jens Wernicke. 2022. *Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen: Das Corona-Unrecht und seine Täter*. 1. Auflage, ungekürzte Ausgabe. München: RBmedia Verlag.
- Kneip, Sascha, und Wolfgang Merkel. 2022. „(Un-)Demokratisches Handeln in Zeiten der Krise“. In *springerprofessional.de*, hrsg. Wolfgang Muno, Christoph Wagner, Thomas Kestler, und Christoph Mohamad-Klotzbach. Wiesbaden: Springer VS. <https://www.springerprofessional.de/un-demokratisches-handeln-in-zeiten-der-krise/23817936> (4. März 2023).
- Knieps, Franz. 2020. „Die Corona-Pandemie und das Grundgesetz – Anmerkungen nicht nur zu Rechtsfragen“. *Gesundheits- und Sozialpolitik* 74(3): 6–10.
- Lavezzolo, Sebastián, Luis Ramiro, und Pablo Fernández-Vázquez. 2022. „Technocratic Attitudes in COVID-19 Times: Change and Preference over Types of Experts“. *European Journal of Political Research* 61(4): 1123–42.
- Lemke, Matthias, hrsg. 2017. *Ausnahmestand: Theoriegeschichte -- Anwendungen -- Perspektiven*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-16588-8_1 (24. Dezember 2020).
- Lucenti, Sebastian. 2023. „Keine ‚Lex-COVID-19‘ für Corona-Maßnahmen – Teil I: Das Ende des verfassungsrechtlichen Tunnelblicks auf staatliche Entscheidungen unter Unsicherheiten“. *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (online-Aufsatz)* 42(2): 1–13.

- Maher, Paul J. u. a. 2022. „Pandemic threat and group cohesion: national identification in the wake of COVID-19 is associated with authoritarianism“. *The Journal of Social Psychology* 0(0): 1–17.
- Manson, Joseph H. 2020. „Right-Wing Authoritarianism, Left-Wing Authoritarianism, and Pandemic-Mitigation Authoritarianism“. *Personality and Individual Differences* 167: 110251.
- Meisterhans, Nadja. 2020. „Globale Gesundheitspolitik: Die WHO und der Philantropkapitalismus in Zeiten von Corona“. *Policy Brief 6 (Marie Jahoda/Otto Bauer Institut)*: <http://www.jbi.or.at>.
- Merkel, Wolfgang. 2020. „Wer regiert in der Krise? Demokratie in Zeiten der Pandemie“. *WSI-Mitteilungen* 73(6): 445–53.
- Merkel, Wolfgang, und Sascha Kneip, hrsg. 2018. *Democracy and Crisis: Challenges in Turbulent Times*. Cham: Springer.
- Meyen, Michael. 2015. „Aufmerksamkeit, Aufmerksamkeit, Aufmerksamkeit“. *Publizistik* 60(1): 21–39.
- . 2021a. „Die Medien-Epidemie: Journalismus, Corona und die neue Realität“. In *Herrschaft der Angst: Von der Bedrohung zum Ausnahmezustand*, hrsg. Hannes Hofbauer und Stefan Kraft. Wien: Promedia Verlag, 99–115.
- . 2021b. „Die Propaganda-Matrix“. ebook (apple). München: Rubikon.
- . 2022. „Das System der Leitmedien als Profiteur und Verlierer der Corona-Störung“. In *Störfall Pandemie und seine grenzüberschreitenden Wirkungen*, V&R unipress, 23–40.
- Mounk, Sascha. 2018. *Der Zerfall der Demokratie : Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*. München: Droemer.
- Peng, Yilang. 2022. „Politics of COVID-19 Vaccine Mandates: Left/Right-Wing Authoritarianism, Social Dominance Orientation, and Libertarianism“. *Personality and Individual Differences* 194: 111661.
- Piketty, Thomas. 2018. „Brahmin Left vs Merchant Right: Rising Inequality and the Changing Structure of Political Conflict“. *WID. world Working Paper* 7.
- . 2019. *Kapital und Ideologie (aus dem Französischen von André Hansen, Enrico Heinemann, Stefan Lorenzer)*. München: CH Beck / Apple Books.
- Pollock, Allyson M., und James Lancaster. 2020. „Asymptomatic Transmission of Covid-19“. *BMJ* 371: m4851.
- Revers, Matthias, und Richard Traunmüller. 2020. „Is Free Speech in Danger on University Campus? Some Preliminary Evidence from a Most Likely Case“. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 72(3): 471–97.
- Roccatò, Michele, Silvia Russo, Pasquale Colloca, und Nicoletta Cavazza. 2021. „The Lasting Effects of the COVID-19 Pandemic on Support for Anti-Democratic Political Systems: A Six-Month Longitudinal Study“. *Social Science Quarterly* 102(5): 2285–95.

- Roth, Günter. 2020. „›Gewöhnlicher‹ Rassismus, ›intellektueller‹ Rassismus und ›Rechtspopulismus‹“. In *Reflect Racism: Anmerkungen für eine rassismuskritische Praxis*, hrsg. Tuan Tran und Hubert Steiner. Münster: Unrast Verlag, 115–51.
- . 2021. „Krisenpolitik — auf dem Weg zur autoritären Technokratie?“ <https://einfachkompliziert.de/krisenpolitik-auf-dem-weg-zur-autoritaeren-technokratie/> (6. Mai 2021).
- . 2023. „Medien als Problem der Demokratie“. <https://einfachkompliziert.de/medien-und-die-erosion-der-demokratie/> (28. März 2023).
- Sánchez-Cuenca, Ignacio. 2017. „From a Deficit of Democracy to a Technocratic Order: The Postcrisis Debate on Europe“. *Annual Review of Political Science* 20. <https://www.annualreviews.org/doi/full/10.1146/annurev-polisci-061915-110623>.
- Schäfer, Armin. 2008. *Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie (MPIfG Discussion Paper 08 / 10)*. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (<http://pubman.mpdl.mpg.de/>).
- Séville, Astrid. 2017. *There is no alternative: Politik zwischen Demokratie und Sachzwang*. Campus Verlag.
- Shir-Raz, Yaffa u. a. 2022. „Censorship and Suppression of Covid-19 Heterodoxy: Tactics and Counter-Tactics“. *Minerva*. <https://doi.org/10.1007/s11024-022-09479-4> (21. November 2022).
- Sönnichsen, Andreas. 2020. „COVID-19: Wo ist die Evidenz?“ *EbM-Netzwerk*. <https://www.ebm-netzwerk.de/de/veroeffentlichungen/covid-19> (20. Dezember 2020).
- Waldhaus, Christoph. 2021. „Von Covidioten, Corona Leugnern und anderen rechten Verschwörungstheoretikern. Eine Analyse medialer Frames“. *Synergies Pays Germanophones* (14): 45–60.
- Wüstner, Kerstin. 2022. „Authoritarianism and the Desire to Punish Non-Conforming Individuals during the COVID-19 Pandemic“. *SSRN Electronic Journal*. <https://www.ssrn.com/abstract=4168252> (1. Mai 2023).